

Beschluss

Bildungsrepublik Deutschland

Bildungsrepublik Deutschland

I. Präambel

1. Unser Ziel ist die Bildungsrepublik Deutschland:

- ❖ Ein Bildungssystem, in dem die vielfältig gebildete Persönlichkeit im Mittelpunkt steht.
- ❖ Eine Gesellschaft, die den Wert der Bildung schätzt, Familien stärkt, ihre Verantwortung für Bildung und Erziehung wahrzunehmen und um ihre kulturprägende Kraft weiß.
- ❖ Ein Land, in dem der Aufstieg durch Bildung jedem Menschen offensteht.
- ❖ Eine Bildungspolitik in einer föderalen Ordnung, in der jede politische Ebene zur Leistungsfähigkeit des Bildungssystems ihren Beitrag leistet und ihre Verantwortung wahrnimmt. Ziel der Bildung ist es auch und gerade, die Verantwortung vor Gott und den Menschen zur Gestaltung dieser Welt zu vermitteln.

Die Bildungsrepublik Deutschland zeichnet sich durch ein durchlässiges, leistungsfähiges, differenziertes und transparentes Bildungssystem aus, das Bildung von Anfang an und ein Leben lang fördert und als Quelle für Orientierung, Urteilskraft und Selbstständigkeit als Schlüssel für individuelle Lebenschancen sowie gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe, als Motor für soziale, ökonomische und nachhaltige Entwicklung sowie als Weg zur Integration versteht.

Nach einem Jahrzehnt umfassender Reformen im Bildungssystem, die Deutschland wettbewerbsfähiger gemacht und den Stellenwert von Bildung in der Gesellschaft verbessert haben, werden wir jetzt die nächsten Schritte zur Stärkung des Bildungswesens auf den Weg bringen. Dabei wollen wir auch der zu Recht in der Öffentlichkeit formulierten Erwartung nach mehr Vergleichbarkeit bei der Organisation des Bildungssystems, den Bildungsstandards, den Bildungsplänen und den Schulabschlüssen Rechnung tragen. Darin sehen

wir sowohl eine Voraussetzung für bessere Mobilität bei zunehmender Internationalisierung in unserer Gesellschaft als auch für die Akzeptanz der föderalen Ordnung in einer globalen Welt. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems ist zu erhalten bzw. zu stärken

II. Die Grundsätze unserer Bildungspolitik

1. Ausgangspunkt und Maßstab unserer Bildungspolitik ist der einzelne Mensch. Er ist entsprechend dem christlichen Menschenbild ein freies, verantwortliches Wesen, dem durch Bildung die verantwortliche Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht wird. Ihm steht das Recht auf Bildung genauso zu, wie der Anspruch auf Respekt vor unterschiedlichen Begabungen und eine mit der Reife wachsende Verantwortung für die Entfaltung der eigenen Talente. Die individuelle Förderung jedes Einzelnen, das Zutrauen in seine persönlichen Fähigkeiten und Anstrengungen sowie das lebenslange jederzeitige Offenhalten des Weges zu besserer Bildung sind Ausdruck dieses Menschenbildes und Verpflichtung unserer Politik.
2. Qualität und Gerechtigkeit sind die Maßstäbe, an denen sich unsere Bildungspolitik orientiert. Die Qualität von Bildung bemisst sich am individuellen Erfolg, der erreicht wird, die Gerechtigkeit an den tatsächlichen Chancen, die ein Bildungssystem bietet. In einer offenen Gesellschaft bedeutet Gerechtigkeit, dass Leistung entscheidet und nicht Herkunft, Besitz, Geschlecht oder Beziehungen. Deshalb wollen wir gleich gute Start- und Aufstiegschancen für alle. In einer leistungsorientierten Gesellschaft ist es unerlässlich, Leistungsbereitschaft schon in der Schule zu fördern und zu fordern. Bestmögliche Bildung bedeutet aus unserer Sicht auch eine Kultur der Anstrengung und der Orientierung an Leistung.
3. Zu guter Bildung gehören Wissen und Können, Erfahrung und Einsicht, Wertebewusstsein und Urteilskraft. Bildung hilft Menschen, ihre vielfältigen Begabungen zu entfalten, ihre Persönlichkeit und Charakter zu entwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dieses ganzheitliche Bildungsverständnis prägt unsere Bildungspolitik.

4. Ohne Bildung gibt es keine Kultur, ohne Kultur keine Bildung. Deshalb hat kulturelle Bildung überragende Bedeutung sowohl für die individuelle Persönlichkeitsentfaltung als auch für das Selbstverständnis und die Entwicklung unserer Gesellschaft. Von der reinen Wissensvermittlung unterscheidet sich Bildung dadurch, dass sie den ganzen Menschen im Blick hat und über die eigene Existenz hinaus weist. Damit verbunden sind auch die Kenntnis geschichtlicher Zusammenhänge und die Fähigkeit zur Erinnerung. Darin liegt ihre kulturelle Dimension und somit trägt sie entscheidend zum Zusammenhalt einer Gesellschaft bei.
5. Bildung ist ein Reifeprozess, der in der Familie beginnt und uns das ganze Leben begleitet. Die Entwicklung persönlicher Kompetenzen wie Kreativität, Kommunikations- und Teamfähigkeit, religiöse Bildung sowie ethisches und ästhetisches Urteilsvermögen sind gleichermaßen Gegenstand des Lernens in allen Lebensphasen ebenso wie die Aktualisierung von Wissen sowie fachlichen Kenntnissen und Kompetenzen. Jedes Kind hat ein Recht auf entsprechende Förderung durch seine Eltern. Sie stehen in der Verpflichtung, ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag nach besten Kräften nachzukommen.
6. Bildung und Erziehung gehören zusammen, denn es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Deshalb hat die Schule neben ihrem Bildungsauftrag auch einen Erziehungsauftrag, der die Erziehungsleistung der Eltern ergänzt und durch die Angebote der Jugendhilfe unterstützt wird.

Die CDU Deutschlands hat ein hohes Vertrauen in die Bereitschaft und die Fähigkeit der Eltern, ihren Familienpflichten nachzukommen. Wo diese elterliche Erziehungsleistung, aus welchen Gründen auch immer, flankiert werden muss, bedarf es nachhaltiger Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe für die Eltern. Ziel ist es, die Chancengleichheit für ihre Kinder zu erhöhen. Sind Eltern dauerhaft außerstande, ihre Verantwortung wahrzunehmen, muss der Staat um der Kinder willen helfend eingreifen. So kann es gelingen, negative Zusammenhänge zwischen familiärer Herkunft und Bildungserfolg zu überwinden.

7. Frühkindliche Bildung und Erziehung in der Kindertagesstätte sind gerade für sozial benachteiligte Kinder ein wichtiger Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und eine

gute Vorbereitung beim Übergang in die Schule. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt in der frühzeitigen Entwicklung der Sprachkompetenz. Eine engere Verzahnung von frühkindlicher und schulischer Bildung stärkt den Bildungsaspekt der Kindertagesstätte, ohne die spielerischen und liebevollen Formen des Miteinanders zu vernachlässigen

8. Jedes Kind und jeder Jugendliche verdient es, bestmöglich individuell gefördert zu werden, indem man den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und der soziokulturellen Herkunft Rechnung trägt. Ein differenziertes Bildungssystem bietet eine Vielfalt an Bildungswegen, die durch ihre Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit jedem bestmögliche Entwicklungschancen gewährleisten. In einer Zeit, in der Lernen in allen Lebensphasen gefordert wird, sind erworbenes Wissen und entwickelte Kompetenzen entscheidender als der Verweis auf die zunächst besuchte Schulart.
9. Der Erzieher- und der Lehrerberuf gehören zu den besonders verantwortungsvollen und wichtigen Tätigkeiten in unserer Gesellschaft. Die Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten und Schulen steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Engagement und den Qualifikationen der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrerinnen und Lehrer.
10. Berufliche Bildung, vor allem die duale Ausbildung, ist eine Stärke des Bildungssystems in Deutschland. Sie trägt wesentlich zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit hierzulande bei. Jeder junge Mensch verdient eine Chance auf eine solche Ausbildung. Eine gute schulische Vorbereitung ist dafür ein wichtiger Schritt. Auch die Berufsorientierung und -vermittlung der Bundesagentur für Arbeit sollte an dieser Stelle die beruflichen Weichenstellungen – auch durch eine individuelle Beratung – mit unterstützen. Insbesondere Initiativen, die der Berufsbildung dienen, sollten besonders gefördert werden.

Die Qualität und Attraktivität der beruflichen Bildung steigt durch eine laufende Modernisierung der Ausbildungsberufe und die konkrete Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung. Dies gilt auch für deren internationale Ausrichtung. Um jungen Menschen in unserem Land eine dauerhafte Perspektive

zu geben, gilt für uns: Kein Abschluss ohne Anschluss.

11. Die Bedeutung der Kommunen als Träger von Bildungseinrichtungen ist deutlich gewachsen. Sie sind in der Verantwortung, sich als starke Bildungspartner vor Ort aufzustellen. Kommunale Partnerschaften und regionales Bildungsmanagement leisten einen wichtigen Beitrag, damit die Bildung und die Erziehung unserer Kinder noch besser gelingen. Neben der schulischen Bildung sind die frühkindliche und die außerschulische Bildung sowie die Weiterbildung wichtige Bausteine zur Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften.
12. Wir bekennen uns zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention), die seit März 2009 in Deutschland gilt und die wir schrittweise umsetzen werden. Zur bestmöglichen Entwicklung jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen mit Behinderung streben wir so viel Inklusion wie möglich und so viel sonderpädagogische Förderung wie nötig an. Jedes Kind hat Anspruch auf eine individuelle Feststellung seiner besonderen Stärken und Schwächen, damit eine bestmögliche Förderung erreicht wird. Den Eltern und Kindern muss die Wahl des Förderortes offenstehen. Deutschland hat seit vielen Jahren ein gut funktionierendes Förderschulwesen. Darauf aufbauend wollen wir das System weiterentwickeln mit dem Ziel, dass, ausgehend vom Kindeswohl, mehr Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen.
13. Das Wissenschaftssystem in Deutschland hat im internationalen Wettbewerb an Anziehungskraft gewonnen. Dazu hat insbesondere die Exzellenzinitiative beigetragen. Zu einer zukunftsfähigen Entwicklung des Wissenschaftssystems gehören für uns weitere Schritte der Internationalisierung, damit Deutschland attraktiv bleibt für Talente aus aller Welt.

III. Besondere Herausforderungen für die Bildungsrepublik Deutschland

Demografische Veränderungen

Unsere Bildungslandschaft steht angesichts der demografischen Veränderungen vor einem großen Anpassungsbedarf. Gleichzeitig verschärft der demografische Wandel den Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte und untermauert damit die Bedeutung von Bildung in der Wissensgesellschaft. Unsere Gesellschaft braucht die Fähigkeiten und Talente jedes einzelnen Menschen. Deshalb müssen die demografiebedingten Anpassungen des Bildungssystems mit einer Verbesserung der Qualität verbunden werden und zugleich zu der notwendigen Fachkräftesicherung beitragen.

Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen müssen sich dauerhaft auf eine deutlich niedrigere Nachfrage nach Plätzen einrichten. Der Rückgang verläuft dabei regional und zeitlich unterschiedlich. Während die östlichen Länder derzeit nahezu die Halbierung ihrer Schülerzahlen verkraften müssen und dazu Schulen schließen und zusammenlegen, wird diese Entwicklung in den kommenden Jahren auch die westlichen Flächenländer immer stärker erfassen und dort zu einem spürbaren Rückgang der Schülerzahlen um bis zu einem Viertel führen. Hierfür gilt es bereits jetzt geeignete Lösungen zu finden, damit auch in Zukunft eine gute Bildungsinfrastruktur in allen Regionen des Landes vorhanden ist, die allen Jugendlichen flächendeckend qualifizierte Bildungs- und Berufsabschlüsse eröffnet.

Die niedrigeren Geburtenzahlen müssen als Chance für eine bessere Qualität der Bildung genutzt werden, indem vorhandene finanzielle Mittel und Personal auch für Qualitätsverbesserungen eingesetzt werden. Entscheidend ist dabei, dass die eingesetzten Mittel effizient verwendet werden.

Integration

Die Schülerschaft ist vielfältiger geworden. In zahlreichen städtischen Ballungszentren haben inzwischen mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren eine Zuwanderungsgeschichte. Viele von ihnen leben in sozialen Risikolagen. Das gilt auch für

einheimische Kinder und Jugendliche. Unser besonderes Augenmerk gilt allen, die in sozial schwierigen und bildungsfernen Verhältnissen aufwachsen. Diesen Kindern und Jugendlichen ist im Sinne von „Fördern und Fordern“ ein Weg zu gesellschaftlicher, kultureller und politischer Teilhabe zu bieten, damit sie ihre Talente und Begabungen entfalten können und einen Schul- und Berufsabschluss erwerben. Dabei spielt der Erwerb der deutschen Sprache eine zentrale Rolle. Der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit liegt in einer individuellen Lernförderung aller Schülerinnen und Schüler sowie in einer verstärkten Elternarbeit, um nicht zuletzt Familien mit Migrationshintergrund an unser Bildungssystem heranzuführen. Qualitätsverbesserung im Bildungssystem geht nicht ohne mehr Angebote für eine individuelle Lernförderung.

Globalisierung

In unserer vernetzten Welt geht die Weiterentwicklung des Bildungs- und Wissenschaftssystems mit Internationalisierung einher. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten für internationale Abschlüsse an unseren Schulen verbessern.

Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels müssen wir eigene Potenziale in der Berufsausbildung besser ausschöpfen und uns gleichzeitig stärker für qualifizierte Auszubildende aus dem Ausland öffnen. Unsere Hochschulen sind schon heute weltweit angesehen und gehören zu den beliebtesten Studienstandorten. Zu einer weiteren Internationalisierung des Wissenschaftssystems gehört es, noch mehr Dozentinnen und Dozenten sowie Professorinnen und Professoren aus anderen Ländern attraktive Perspektiven für Lehre und Forschung an unseren Hochschulen zu eröffnen. Das bedeutet auch, ausländischen Studierenden nach ihrem Abschluss gute Chancen für einen Berufseinstieg in Deutschland zu ermöglichen.

IV. Auf den Anfang kommt es an

Den Bildungsaspekt im Vorschulbereich ausbauen

Jedes Kind braucht den Zugang zur Bildung und soll seine Talente entwickeln können, unabhängig von seiner sozialen und kulturellen Herkunft. Deshalb darf es keine Hürden für den Besuch einer Kindertagesstätte geben. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen eindrucksvoll die überragende Bedeutung der ersten Lebensjahre für den späteren schulischen und beruflichen Erfolg. Deshalb richten wir den Blick vor allem auf die Chancen in den frühen Jahren und treten dafür ein, auch den Bildungsaspekt in allen Einrichtungen, die der Bildung und Betreuung von noch nicht schulpflichtigen Kindern dienen, qualitativ und quantitativ verbindlich auszubauen. Dazu gehören auch Angebote der kulturellen Bildung. Da Kinder im Vorschulalter vor allem spielerisch lernen, messen wir sowohl der spielerischen Bildung als auch dem freien Spiel eine wichtige Bedeutung zu.

Elternverantwortung stärken

Eltern tragen für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder eine herausragende Verantwortung. In der Familie werden den Kindern erste grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt. Kinder brauchen eine Umgebung, die Bildungsprozesse anstößt und zum Lernen ermutigt. In den allermeisten Familien gelingt dies. Allerdings wächst die Zahl der Eltern, die dieser Aufgabe aus unterschiedlichen Gründen nicht nachkommen. Deshalb wollen wir, wo immer erforderlich, durch eine gezielte, aufsuchende Elternbildung die Erziehungskompetenz frühzeitig und gezielt entwickeln und stärken. Durch die umfassende Kooperation und Verzahnung von Kindertagesstätten mit Einrichtungen der Familienbildung und -beratung sowie anderen Unterstützungsangeboten in Familienzentren können niedrigschwellige Zugänge für Eltern geschaffen werden.

Viele Studien belegen den engen Zusammenhang von Bindungsfähigkeit und Bildungsfähigkeit sowie von kultureller und kognitiver Bildung. Kinder müssen Vertrauen in sich und ihre Umgebung entwickeln können, um bildungsfähig zu werden. Die Ermutigung und Befähigung von Eltern, ihre Kinder entsprechend zu fördern, ist ein wichtiger Baustein der frühkindlichen Bildung. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir den Kindern, die in den wichtigen ersten Lebensjahren nicht die Unterstützung ihrer Eltern erfahren, um im späteren Leben ihre Talente voll entfalten zu können. Was in den ersten Lebensjahren nicht aus-

reichend vermittelt wird, ist im späteren Bildungs- und Lebensverlauf nur schwer und mit großen persönlichen und finanziellen Anstrengungen aufzuholen. Deshalb gilt diesen Kindern unsere besondere Aufmerksamkeit.

Partnerschaft von Familie und Bildungseinrichtung

Eine pädagogisch qualifizierte Förderung in den ersten Lebensjahren leistet einen wichtigen Beitrag, Kinder zum Lernen zu ermutigen. Neben der Förderung im Elternhaus und in der Familie hat der Besuch einer Kindertagesstätte mit vielfältigen Bildungsangeboten für Kinder eine positive Wirkung auf ihren späteren Bildungserfolg. Damit dieses Ziel gelingen kann, ist eine vertrauensvolle Partnerschaft von Familie und Kindertagesstätte unerlässlich. Mit dem Bildungspaket hat die Bundesregierung zusammen mit den Ländern den richtigen Weg eingeschlagen, um bedürftigen Kindern aus Familien mit geringem Einkommen mehr Zukunftschancen zu geben. Wir wollen, dass möglichst viele Kinder davon profitieren. Deshalb soll dafür Sorge getragen werden, dass die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets einfacher abrufbar werden. Diese Maßnahmen müssen einer fortwährenden Prüfung unterzogen werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wahlfreiheit in der Kindererziehung ist für uns ein hohes Gut. Allerdings stellt für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – neben einer guten Erziehung und Bildung ihrer Kinder – oft eine Herausforderung dar, insbesondere in den westdeutschen Flächenländern. Deshalb ist es wichtig, dass bis zum Jahr 2013 ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung steht. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, die Ausbauziele zu erreichen, damit ab 2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erfüllt und insgesamt ein flexibles Betreuungsangebot bereitgestellt werden kann. Wir begrüßen ausdrücklich das Engagement privater Institutionen und Unternehmen bei der Einrichtung von Betreuungsplätzen. Auch die Tarifpartner sind aufgefordert, Arbeitsplätze und -zeiten flexibel zu gestalten und damit einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten.

Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern

Die Anforderungen an die frühkindliche Bildung sind erheblich gestiegen. Mit Bildungsplänen, die den eigenständigen Bildungsauftrag der Kindertagesstätten festschreiben, ha-

ben die Länder auf die wachsende Bedeutung der frühkindlichen Bildung reagiert. Dem Bildungsauftrag der Kindertagesstätten muss auch das Berufsbild der Erzieherinnen und Erzieher Rechnung tragen. Deshalb streben wir die weitere Qualifizierung des Berufs der Erzieherin und des Erziehers an, damit sie ihrem Bildungsauftrag besser gerecht werden können.

Ziel ist mehr Verbindlichkeit in der Arbeit der Kindertagesstätten. Vor Ort müssen verbindliche Vereinbarungen zwischen den Kommunen und den freien Trägern getroffen werden, um dem Bildungs- und Erziehungsanspruch gerecht zu werden. Dabei kann beispielsweise ein Qualitätsmanagement helfen. Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten sollten eine bessere personelle, räumliche und materielle Ausstattung erhalten, wodurch ihnen mehr Möglichkeiten für eine individuellere Förderung der Kinder eröffnet werden.

Dafür setzen wir uns ein:

Gemeinsame Zuständigkeit

- Die Zuständigkeit für frühkindliche Bildung und Grundschulen ist grundsätzlich in den Bildungsministerien der Länder anzusiedeln.

Verpflichtende Standards und Bildungspläne

- Länder, Kommunen und die freien Träger verpflichten sich untereinander vertraglich auf die Erarbeitung und die Einhaltung gemeinsamer Bildungsstandards.
- Die Länder vereinbaren zusammen mit den Kommunen und den freien Trägern vergleichbare Richtgrößen für frühpädagogische Einrichtungen (zum Beispiel Gruppengrößen, Erzieher-Kind-Relation, mehr Personal für Kindertagesstätten mit hohem Migrantanteil). Entsprechende Rahmenbedingungen zur Umsetzung der frühkindlichen Bildung sind zu gewährleisten. Besonders vorbildliche Kindertagesstätten erhalten ein länderübergreifendes Zertifikat, das nach einheitlichen Qualitätsstandards vergeben wird. Erfolgreiche Modelle werden im Internet präsentiert.

- Die Umsetzung der Bildungspläne soll regelmäßig wissenschaftlich begleitet und bewertet werden, um zu überprüfen, inwieweit ihre Anwendung erfolgreich war und welcher Weiterentwicklungsbedarf besteht.

Qualifikationen und Anerkennung fördern

- Gute pädagogische Arbeit in unseren Kindertagesstätten verlangt eine bessere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit der Fachkräfte. Diese schließen ein, dass wir den Erzieherinnen und Erziehern, die Kinder aus sozial schwachen oder bildungsfernen Familien fördern, notwendige zusätzliche Qualifikationen ermöglichen.
- Eine aufsuchende Elternarbeit, die Einrichtung von Familienzentren, Beratungsgespräche sowie der Abschluss von Bildungs- und Erziehungsverträgen können in Fällen mit besonderem Förderbedarf die Basis für ein verantwortungsvolles Miteinander von Eltern und Pädagogen bilden.
- Die gestiegenen Anforderungen an Erzieherinnen und Erzieher erfordern eine gute Ausbildung und angemessene Bezahlung, die auch verstärkt Leistungselemente enthält.

Mehr männliche Pädagogen und Fachkräfte mit Zuwanderungsgeschichte

- Hohe Frauenanteile in Kindertagesstätten und Schulen führen dazu, dass den Kindern männliche Rollenmodelle und Vorbilder fehlen. Dadurch erleben sie beide Geschlechter im Alltag nicht als gleichermaßen wichtig und gleichberechtigt. Deshalb treten wir dafür ein, verstärkt junge Männer für den Beruf des Erziehers und des Lehrers zu gewinnen.
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen ermutigt werden, den Erzieher- und den Lehrerberuf zu ergreifen, um als Vorbilder und Brückenbauer tätig zu werden. Interkulturelle Erziehungskompetenzen erhöhen die Chancen auf eine gelingende Integration. Wir wollen bei Abiturienten mit Zuwanderungsgeschichte aktiv für den Lehrerberuf werben. Aussiedler, die ausgebildete Lehrer sind, sollten verstärkt Wiedereinstiegsangebote erhalten.

Übergänge erleichtern und Zuständigkeiten zusammenführen

Die Trägerschaft für die Erziehung und Bildung von Kindern im frühkindlichen und im schulischen Bereich fällt in den Flächenstaaten zwischen Kommunen und Ländern zumeist auseinander. Um den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule zu erleichtern und die beiden Einrichtungen enger zu verzahnen, wollen wir eine verbesserte Zusammenarbeit, zum Beispiel durch die Einrichtung von Bildungshäusern. Damit wird die Verantwortung der Kommunen im Bildungsbereich gestärkt. Vorgegebene Qualitätsstandards müssen gewahrt bleiben.

Kommunen, die diese Aufgabe übernehmen möchten, sollen dazu in Zukunft auch die Möglichkeit erhalten. Wir fordern Länder und Kommunen auf, hierfür die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, damit die entsprechenden Vereinbarungen – auch über die damit verbundene Finanzierung – getroffen werden können.

Dafür setzen wir uns ein:

Bildungspläne unterstützen die Qualitätsentwicklung und die Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Grundschule

- Verbindliche Bildungspläne in Verbindung mit einer weiterentwickelten Fachaufsicht sowie verstärkte Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher sind Voraussetzung für eine Entwicklung der pädagogischen Qualität von Kindertagesstätten.
- Die Verbindung der Einrichtung der frühkindlichen Bildung und der Grundschule verlangt einen integrierten Bildungsplan für die Kinder bis zum Alter von zehn Jahren, der für alle verbindlich ist.

Qualitätsverbesserung und verpflichtende Vorschule

- Entsprechend dem Grundsatz des Förderns und Forderns sprechen wir uns für verstärkte finanzielle Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten aus. Wir wollen mittelfristig das letzte Kindertagesstättenjahr verpflichtend und beitragsfrei, gegebenenfalls als Vorschuljahr, gestalten. Zugleich wollen wir eine bessere Verbindung des vorschulischen Bereichs mit der Grundschule. Individuelle

Förderprogramme können helfen, die Startchancen aller Kinder zu Beginn der Grundschulzeit deutlich zu verbessern.

Definition von Bildungszielen

- Wichtige Bildungsziele in der frühkindlichen Bildung sind die sprachliche Entwicklung der Kinder, die Experimentier- und Entdeckerfreude, die musisch-ästhetische sowie die religiöse Bildung, Sozialverhalten und die Entwicklung von Konzentrations- und Bewegungsfähigkeit als Grundlage späterer Ausbildung und lebenslanger Weiterbildung.

Neugier an Natur und Technik wecken

- Pädagogische Fachkräfte in den Kindertagesstätten sollen bereits in ihrer Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet werden, die Kinder an Natur und Technik heranzuführen. Jede Tageseinrichtung kann ein „Haus der kleinen Forscher“ werden und so das Interesse der Kinder an Naturphänomenen und Technik wecken. Die so erworbenen Grundkenntnisse sollen in der Grundschule weiter gefördert werden.

Musisch-kreative Aktivitäten fördern

- Kindertagesstätten und Schulen sollen Eltern stärker als bisher ermutigen, die musisch-kreativen Ausdrucksmöglichkeiten ihrer Kinder auch durch Zusammenarbeit mit entsprechenden Angeboten von Kultureinrichtungen zu fördern.

Bewegungserziehung stärken

- Im Vorschulalter kann die Bewegungserziehung der natürlichen Bewegungsfreude des Kindes Raum geben, das Wohlbefinden und die motorischen Fähigkeiten stärken und eine gesunde Entwicklung gewährleisten. Deshalb ist die Bewegungserziehung als fester Bestandteil in den Alltag von Kindertagesstätten zu implementieren. Außerdem sollen die Kooperationen „Kindertagesstätte und Verein“ weiter ausgebaut werden.

Perspektiven für Erzieherinnen und Erzieher eröffnen

- Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss den Anforderungen für die frühkindliche Bildung Rechnung tragen. Dazu wollen wir einheitliche Standards, die sich an der dualen Berufsausbildung orientieren und für die Leitungskräfte eine Qualifikation an der Fachhochschule vorsehen. Die Spezialisierung von Erzieherinnen und Erziehern ist zu ermöglichen. Mit einem Gesamtkonzept für die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung wollen wir sicherstellen, dass auch nach der Ausbildung das Fachwissen stets aktualisiert und die Methodenkompetenz erweitert wird. Anschlussfähige Bildungswege sollen Erzieherinnen und Erziehern – auch an Hochschulen – berufliche Perspektiven eröffnen, beispielsweise im Grundschulbereich.
- Mit einer neuen Kultur der Zusammenarbeit von Erziehern in der Kindertagesstätte und Lehrkräften in der Grundschule wollen wir die Verbindung der beiden Einrichtungen zum Wohle der Kinder stärken. Gemeinsame Fortbildungen und Hospitationen sollen den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung unterstützen.

Grundschule im ländlichen Raum

- Um den Kindern lange Schulwege zu ersparen, tritt die CDU gemäß dem Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“ für die Zulassung kleiner, wohnortnaher Grundschulen ein, um gerade im ländlichen Raum ein qualitativvolles Bildungsangebot sicherstellen zu können. Der ländliche Raum soll gegenüber den städtisch geprägten Gebieten nicht benachteiligt werden.

Sprachförderung stärken

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist unerlässliche Voraussetzung für Bildung und Schulerfolg in Deutschland, für das Erlernen eines Berufs sowie für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Je jünger Kinder sind, umso eher lernen sie eine Sprache. Dabei spielt das Singen eine prägende Rolle. Dieses Zeitfenster muss deshalb genutzt werden, um allen Kindern, die bei uns leben, die deutsche Sprache zu vermitteln. Wir begrüßen die Offensive „Frühe Chancen“ und die zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen, wie Vorlesepaten oder „Jedem Kind seine Stimme“, die hier unterstützend tätig werden. Den zahlreichen Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen – gerade im ländlichen Raum – kommt hier ebenfalls eine wichtige Rolle zu. Das gilt ganz besonders für die kulturelle Bildung.

Dafür setzen wir uns ein:

Verbindliche Sprachstandserhebung

- Wir brauchen eine verbindliche, einheitliche und fortlaufende Sprachstandserhebung für alle Kinder im Alter ab drei Jahren. Dort, wo Bedarf besteht, wollen wir eine verpflichtende Sprachförderung in der Kindertagesstätte und – falls erforderlich – in der Schule erteilen.

Fremdsprachenunterricht ab Klasse 1

- Angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Bildungsgänge fordern wir die Einführung einer Fremdsprache ab Klasse 1 mit dem Ziel eines anwendungsorientierten Spracherwerbs. Dafür sind die Lehrerinnen und Lehrer entsprechend zu qualifizieren. Gerade in den Grenzregionen bietet es sich an, über die Landesgrenze hinweg die Sprachkompetenz auszubauen, um den Kindern die vielfältigen europäischen Sprachen näher zu bringen.

Ausbau von Ganztags-Kindertagesstätten

- Sollen die unterstützenden Maßnahmen Wirkung zeigen, müssen die Kinder mit einem besonderen Förderbedarf täglich über einen längeren Zeitraum in der Kindertagesstätte anwesend sein. Deshalb treten wir für einen Ausbau von Ganztags-Kindertagesstätten in einer für die Kinder erreichbaren Nähe ein. Der Zugang zu ganztägiger frühkindlicher Bildung darf dabei nicht vom Erwerbsstatus der Eltern abhängen.

Sprach- und Leseförderungsprogramme ausbauen

- Mit Blick auf die Vielzahl der Sprach- und Leseförderprogramme fordern wir Bund und Länder auf, auf der Grundlage empirisch belegbarer Ergebnisse Standards zu formulieren. Besonders wirksame Sprach- und Leseförderprogramme erhalten ein länderübergreifendes Zertifikat, das nach einheitlichen Qualitätsstandards vergeben wird. Erfolgreiche Programme sollen über das Internet allgemein zugänglich gemacht werden.

V. Allianz für Bildung stärkt Schulen

Die Schulen in Deutschland haben an Qualität gewonnen. Das zeigen die internationalen Vergleichsstudien. Dennoch ist nach wie vor ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Bildungserfolg feststellbar. Zu den großen bildungspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre gehört es, diesen Zusammenhang zu überwinden, indem wir für alle Kinder vergleichbare Startchancen schaffen.

Angesichts rückläufiger Schülerzahlen und wachsender Anforderungen an die Schulen in allen Regionen unseres Landes brauchen wir eine Weiterentwicklung der Strukturen im Bildungssystem. Deshalb setzen wir auf ein differenziertes, leistungsorientiertes, anschlussfähiges und durchlässiges Schulsystem, in dem Schülerinnen und Schüler ihren individuellen Bildungsweg erfolgreich gehen können. Dazu wollen wir die Strukturen vereinfachen und die Vergleichbarkeit verbessern.

Zu häufig prägen Auseinandersetzungen über Fragen der Schulstruktur die Bildungsdebatte und verunsichern damit Eltern, Lehrer und Schüler. Auch die aus politischen Gründen in manchen Ländern damit einhergehende Bevorzugung bestimmter Schulformen, trägt nicht zum Schulfrieden bei. Gleichzeitig beobachten wir in vielen Teilen unseres Landes eine schwindende Bereitschaft von Eltern, ihre Kinder an der Hauptschule anzumelden. Vor diesem Hintergrund ist es unser Ziel, das differenzierte Schulsystem zukunftsfähig zu machen, indem wir eine Antwort auf die demografische Herausforderung geben und zugleich den Anforderungen eines modernen und attraktiven Bildungssystems gerecht werden.

Mit dem Ziel, ein differenziertes, leistungsorientiertes und wohnortsnahes Bildungsangebot auf Dauer zu sichern, entwickelten eine Reihe von Bundesländern neben dem Gymnasium attraktive Schulformen, in denen die Bildungsgänge von Haupt- und Realschulen unter einem Dach angeboten werden. Dabei wird die Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Bildungsgängen weiterentwickelt. Diese Schulformen haben sich in vielen Untersuchungen als sehr leistungsfähig erwiesen und stärken das differenzierte Schulwesen gegen die Einheitsschule. Nach dem Haupt- und Realschulabschluss führt der Weg entweder in die Berufsausbildung oder zur Allgemeinen Hochschulreife. Eine einheitliche Bezeichnung für

diese Schulform in allen Ländern – zum Beispiel Oberschule – wäre wünschenswert. Darüber hinaus stehen wir zu Haupt- und Realschulen sowie integrativen Schulformen, wo diese funktionieren und dem Elternwillen entsprechen.

Um die Qualität unseres Schulsystems dauerhaft zu sichern, treten wir für länderübergreifende, vergleichbare und transparente Bildungsabschlüsse ein, die sich am Haupt- und Realschulabschluss und der Allgemeinen Hochschulreife orientieren. Insbesondere schätzen wir die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer bei der Berufsorientierung. Diese Kompetenzen gilt es bei der Weiterentwicklung der Schulstruktur zu bewahren.

Dafür setzen wir uns ein:

Gemeinsamkeiten stärken

- Bildungsföderalismus fördert den Wettbewerb um die beste Bildungsqualität, gleichzeitig darf er sich jedoch nicht in regionalen Zersplitterungen erschöpfen. Deshalb wollen wir über verbindliche Bildungsstandards hinaus vergleichbare Abschlussprüfungen in allen schulischen Bildungsgängen erreichen. Mit klaren Anforderungen und verbindlichen Bildungsstandards schaffen wir die Voraussetzungen für Anschlussfähigkeit und bessere Mobilität, sichern Transparenz und verbindliche Rechenschaftslegung für Eltern. Unser Ziel sind gemeinsame Prüfungen für alle Schulabschlüsse, wie zum Beispiel das länderübergreifende Abitur oder der Haupt- und Realschulabschluss. Dieses Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Deshalb wollen wir uns über gemeinsame Aufgaben in bestimmten Fächern oder Kooperationen zwischen einzelnen Ländern schrittweise einer gemeinsamen Reifeprüfung nähern. Allerdings dürfen dabei weder der Anspruch gesenkt noch wichtige Lerninhalte wegfallen. Maßstab nationaler Bildungsstandards müssen die Anforderungen der leistungsorientierten Länder sein. Wir sind davon überzeugt, dass über den Weg vergleichbarer Prüfungen letztlich auch die Akzeptanz des Bildungsföderalismus bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich verbessert wird.

Stärkung der Schule durch mehr Eigenverantwortung

- Wir wollen den Schulen mehr Möglichkeiten eröffnen, ein eigenes Profil zu entwickeln. Deutschlandweite Bildungsstandards geben dabei den Schulen die Freiheit, einerseits mit eigenen Bildungsplänen die Standards umzusetzen und andererseits ihr Profil zu schärfen. Wir wollen die Schulen auf diesem Weg unterstützen und ihnen mehr Spielräume im Bereich von Budget- und Personalfragen ermöglichen. Hierfür müssen Qualifizierungsangebote für Schulleiterinnen und Schulleiter ebenso geschaffen werden wie die personellen Möglichkeiten im Verwaltungsbereich. Elemente der Qualitätssicherung, wie beispielsweise Beurteilungsgespräche und Unterrichtsbesuche sollen Berücksichtigung finden.

Freie und private Träger bereichern die Bildungslandschaft

- Wir bekennen uns neben den öffentlichen Schulen auch zu Schulen in freier und privater Trägerschaft. Ihre Gründung genießt den Schutz des Grundgesetzes (Art. 7 GG). Sie sind Ausdruck eines großen bürgerschaftlichen und vor allem auch kirchlichen Engagements und bereichern durch religionspädagogische und andere alternative Konzepte unsere Bildungslandschaft. Deshalb stehen wir für eine verlässliche Unterstützung der Schulen in freier und privater Trägerschaft, zumal sie wichtige pädagogische Impulse setzen, auch in Fragen der Werteerziehung. Schulen in freier und privater Trägerschaft stehen auch in der Verantwortung, sich für Bildung in sozialen Brennpunkten zu engagieren.

Mehr internationale Abschlüsse ermöglichen

- Wohlstand und Entwicklung unseres Landes sind auf das engste mit der Globalisierung und Internationalisierung verbunden. Auf die damit verbundenen Herausforderungen für unser Bildungssystem wollen wir im Schulbereich auch mit der Möglichkeit reagieren, verstärkt in Deutschland anerkannte bilinguale Schulen mit internationalen Schulabschlüssen einzurichten. Beispiele aus den Grenzregionen unseres Landes zeigen, dass der gemeinsame Schulbesuch zusammen mit Schülerinnen und Schülern aus unseren Nachbarländern die interkulturelle Kompetenz stärkt und das Interesse an den Entwicklungen in unseren Nachbarländern fördert.

Für ein gutes Schulumfeld – Null Toleranz bei Gewalt

- Gute Bildung braucht nicht nur eine gute Schule, sondern auch ein gutes Schulumfeld. Wir wollen „Null Toleranz“ gegenüber Gewalt auf Schulhöfen, in Klassenzimmern und im Internet, unter anderem mit wirkungsvollen Schulordnungsmaßnahmen, ebenso wie dem verstärkten Einsatz von Schulsozialarbeitern erreichen. Dazu gehört ein selbstbestimmtes, angst- und diskriminierungsfreies Aufwachsen, damit die Persönlichkeitsentfaltung unserer Kinder und Jugendlichen nicht beeinträchtigt wird. Auch eine saubere und gepflegte Schule, mit einer angemessenen technischen Ausstattung leistet dafür einen wichtigen Beitrag. Insbesondere für die Nachmittagsbetreuung im Ganztagsbetrieb wünschen wir uns eine enge Vernetzung der Schulen mit kulturellen und sportlichen Organisationen, kirchlichen und sozialen Einrichtungen, mit Unternehmen, Arbeitnehmervertretungen und Vereinen.

Der entscheidende Schritt: Die curriculare Reform

- Die wichtigste Weiterentwicklung im Bildungssystem betrifft die Bildungspläne und die damit verbundene Lernkultur an den Schulen. Die in der Kultusministerkonferenz vereinbarten gemeinsamen Bildungsstandards ermöglichen eine Reform hin zu vergleichbaren Bildungsplänen. Dadurch erhalten die Schulen Freiräume zur Entwicklung eigener Schulprofile. Zugleich wird damit eine bessere Vergleichbarkeit aller Bildungsabschlüsse ermöglicht.

Verbindlichere Bildungsinhalte

- Zum Bildungsauftrag der Schulen gehören kulturelle, mathematische und naturwissenschaftliche Bildung ebenso wie historische, ökonomische, politische, ethische, ästhetische und religiöse Bildung. Die Entwicklung von Sprachkompetenz in Wort und Schrift und eine aktive Lesefähigkeit sind der Schlüssel für eine gute Bildung. Für die berufliche Zukunft vieler junger Menschen ist es wichtig, stärker die MINT-Fächer herauszuheben – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – und qualitativ auszubauen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Interesse am Ingenieurberuf und am wissenschaftlichen Arbeiten in Forschung und Entwicklung. Sport, Musik und Kunst sind keine Nebensache, sondern müssen fester Bestandteil des Unterrichts sein genauso wie projektorientiertes Lernen, das die Selbstorganisation von Lernprozessen fördert.

Medienkompetenzen verbessern

- Medienkompetenz gehört heute zur Allgemeinbildung, schließlich prägen Medien den Alltag von Kindern und Jugendlichen in nie gekannter Weise. Sie ist mehr als Technikkompetenz. Sie muss auch dazu befähigen, mit einer wachsenden Menge von Informationen im Netz differenziert und kritisch umzugehen, Angebote sach- und interessengerecht zu bewerten und selbst in angemessener Form zu kommunizieren. Hierbei gilt es auch, den Respekt vor Geistigem Eigentum zu fördern und ein Bewusstsein für den Wert kreativer Leistung zu schaffen.

Medienkompetenz ist heute aber auch Grundvoraussetzung für sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg. Deshalb muss ein verantwortungsvoller und kompetenter Umgang mit Medien Bestandteil des Unterrichts sein. Dafür müssen Schulen entsprechend ausgestaltet sein und die Lehrkräfte müssen auf die Vermittlung von Medienkompetenz vorbereitet werden.

Religionsunterricht gehört in den Fächerkanon

- Der bekenntnisorientierte katholische, evangelische, orthodoxe und jüdische Religionsunterricht muss weiterhin im Fächerkanon der Schulen verankert sein. Er kann nicht einfach durch andere Unterrichtsinhalte wie Philosophie oder Ethik ersetzt werden. Der Religionsunterricht vermittelt nicht nur ein Wertegerüst für das Miteinander in unserem Zusammenleben, sondern er bietet auch Hilfen bei der persönlichen Lebensgestaltung. Zugleich stärkt er die Fähigkeit, mit Menschen anderer Religionen ins Gespräch zu kommen und die eigene Herkunft und Tradition zu reflektieren.
- Auf der Basis des Grundgesetzes treten wir für islamischen Religionsunterricht für die Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens an unseren Schulen ein. Er wird in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht erteilt.

Kulturelle Bildung fördern

- Auch für Kunst und Kultur gilt, dass ohne Kenntnis kein Verständnis und ohne Motivation auch kein Engagement zu erreichen ist. Deshalb müssen für die Vermittlung von Grundlagen und Interessen an Bildender Kunst und Musik und - wo immer möglich - auch für eigene aktive künstlerische Betätigung, die gleichen Ansprüche an professionellen Unterricht in musischen wie in geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern gelten. Wir wollen, dass die Teilhabe an kulturellen Angeboten zu einem festen Bestandteil des schulischen Bildungssystems wird. Diese Angebote brauchen neben fachlich und pädagogisch geschultem Personal auch Möglichkeiten der direkten Begegnung mit Künstlerinnen und Künstlern, mit Kunst und Bauwerken, das Erlebnis von Proben und Aufführungen. Mittels konkreter Pilotprojekte und Förderprogramme soll die Kooperation zwischen Schulen und Kultureinrichtungen vor Ort ausgebaut werden. Dazu gehören insbesondere Museen, Theater, Orchester, Chöre, Musik- und Kunstschulen, Bibliotheken, Literaturhäuser, soziokulturelle Zentren und Archive.

Politische Bildung stärken

- Unsere Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die selbstbestimmt, eigenverantwortlich und gemeinwohlorientiert handeln und sich aktiv einbringen und so Gemeinschaft und Gesellschaft fördern. Menschen- und Freiheitsrechte sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen von den Bürgerinnen und Bürgern getragen und gegen die Feinde der Demokratie verteidigt werden. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus dient diesem Ziel. Auch deshalb wollen wir die politische Bildung und das Geschichtsbewusstsein stärken. Das beginnt in der Schule, muss aber auch Teil eines lebensbegleitenden Lernens sein. Neben Wissen sollen dafür vor allem Kompetenzen entwickelt und gefördert werden, die den Menschen zur unabhängigen politischen Urteilsbildung und zur Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft befähigen. Dies gilt insbesondere, auch um den vielfältigen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung und der Kommunalpolitik gerecht zu werden.

Wir ermuntern Schülerinnen und Schüler, sich aktiv in die Angelegenheiten der Schule einzubringen und ihr Mitspracherecht geltend zu machen.

Alltagskompetenzen vermitteln

- Die Schulen spielen bei der Vermittlung von Alltags- und Verbraucherkompetenzen eine zunehmend wichtige Rolle. Deshalb muss die Verbraucherbildung in der Schule ausreichend Aufmerksamkeit erfahren. Das betrifft insbesondere die Bereiche Ernährung, Konsum, Geld und Finanzplanung sowie den Umgang mit persönlichen Daten und neuen Medien. Verbraucherthemen gilt es, lebensnah in bestehende Unterrichtsfächer zu integrieren und im Schulalltag, zum Beispiel bei der Schulverpflegung oder in Schülerunternehmen, zu leben und zu erproben.

Das duale Lernprinzip umfassend einsetzen

- Das duale Lernprinzip hat sich in Schulen, zum Beispiel im Rahmen von Praxisklassen, bestens bewährt. So ist die Anwendung von Schulwissen in Lehrwerkstätten und die anschließende Aufbereitung der Praxiserfahrungen im Schulunterricht eine sehr erfolgreiche Methode, um gerade auch lernschwächere Schülerinnen und Schüler zu motivieren und besser in die Ausbildung zu integrieren. Eine Kooperation mit der Wirtschaft ist anzustreben.

Bildungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule

- Wir treten für eine Erziehungspartnerschaft zwischen Familie und Schule ein. Wir wollen Eltern für die Unterstützung von Schule gewinnen, indem wir sie in den schulischen Bildungsprozess einbeziehen, ihnen Informationen und Bildungsangebote unterbreiten und sie zum selbstverständlichen Teil von Schule machen. Die enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrkräften als Voraussetzung für eine gelingende Bildung und Erziehung der Kinder muss gefördert und eingefordert werden. Eine aufsuchende Elternbildung kann die Erziehungskompetenz entwickeln und stärken, während – bei Bedarf und wenn die Möglichkeit besteht – mehrsprachige Elternsprechstunden den Kontakt der Familien zur Schule verbessern helfen. Der Schulsozialarbeit kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

- Wir wollen Eltern in der Schullaufbahn- und Bildungsberatung besser und konsequenter über die unterschiedlichen Bildungswege informieren. Die Grundschullempfehlung leistet dabei eine wichtige Orientierung.
- Zu einem gerechten Bildungssystem gehört die frühe und individuelle schulische und außerschulische Förderung von Hochbegabten, damit sie ihre Talente rechtzeitig erkennen und entfalten können. Kinderakademien, Schülerforschungszentren, Kompetenzzentren, Begabtenklassen und das Juniorstudium das Hochbegabten parallel zur Schule den Beginn eines Studiums ermöglicht, sind geeignete Wege. Die dafür erforderlichen Kompetenzen müssen in den Einrichtungen der Lehrerbildung vermittelt werden.
- Zu viele Kinder, die eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium erhalten, nutzen diese Möglichkeit nicht. Oft sind es Eltern ohne akademische Ausbildung, die aus der Sorge heraus handeln, ihre Kinder könnten diesen Weg nicht erfolgreich abschließen. Das trifft auch für Migrantinnen und Migranten zu, die mit unserem Bildungssystem nicht vertraut sind. Wir wollen diesen Familien beispielsweise einen Bildungspaten an die Seite stellen, der die Kinder auf ihrem Bildungsweg begleitet und den Eltern als Ansprechpartner dient. Bei Leistungsproblemen erhalten diese Kinder zusätzliche Unterstützung zum Beispiel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Kopfnoten

- Die Beurteilung des Lern- und Sozialverhaltens ist ein wichtiges Element zur Wahrnehmung des Erziehungsauftrags der Schule. Auch die Vermittlung von Tugenden wie Pünktlichkeit, Hilfsbereitschaft und Leistungsbereitschaft gehören zum Erziehungsauftrag der Schule. Wir wollen deshalb in allen Bundesländern die Beurteilung des Lern- und Sozialverhaltens der Schülerinnen und Schüler mit Kopfnoten. Sie sind ein wichtiger Bestandteil schulischer Beurteilung, auch für die spätere Ausbildungsplatzsuche.

Lerngelegenheiten während der Ferien anbieten

- Längere Ferien führen oft dazu, dass sich die Schere zwischen Schülerinnen und Schülern aus bildungsnäheren und bildungsferneren Elternhäusern wieder stärker

öffnet. Um hier gegenzusteuern, wollen wir die Lerngelegenheiten während der Sommerferien systematisch ausbauen. Die Erfahrungen mit entsprechenden Lern-camps zeigen, dass dies ein geeigneter Weg ist. Wir begrüßen die zahlreichen Möglichkeiten, die von den Schulen, kirchlichen Trägern, Vereinen und lokalregionalen Initiativen den Schülerinnen und Schülern während der Ferien kulturelle, sportliche oder bürgerschaftliche Lernerfahrungen ermöglichen.

Ganztagschulen ausbauen

- Die Grundschulen und die weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs sollen bedarfsgerecht zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Daneben soll es entsprechend dem Elternwillen auch weiterhin Halbtagschulen mit freiwilligen Arbeitsgruppen am Nachmittag und Betreuungsangebote (Hausaufgabenbetreuung, Förderunterricht, Begabtenförderung) geben. Für viele Schüler ist der Ausbau verpflichtender ganztagsschulischer Angebote in erreichbarer Nähe von entscheidender Bedeutung für ihren Bildungserfolg. Damit einher geht die Erwartung an einen pädagogisch strukturierten Tagesrhythmus, der Lernen sowohl in den klassischen Schulfächern als auch in Sport, in musisch-künstlerischen Feldern, das Angebot an Arbeitsgemeinschaften und die Vermittlung sozialer Kompetenzen umfasst. Die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern - zum Beispiel mit Vereinen, Kirchen, Bibliotheken, Musikschulen, Museen, Theatern sowie Beratungsstellen und anderen Einrichtungen wie der Jugendhilfe – ist ausdrücklich erwünscht. Der Ausbau von ganztagsschulischen Angeboten kann auch ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sein.

E-Learning vorantreiben

- Um Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an weiterführenden Bildungsangeboten – wie dem Juniorstudium – zu ermöglichen, unterstützen wir den Ausbau moderner Lern-Infrastrukturen. Dazu gehört es auch, die Schule entsprechend auszustatten. Mit Hilfe des sogenannten E-Learning (Lernen mit dem Computer und anderen elektronischen Medien) eröffnen sich Schülerinnen und Schüler neue Lernchancen. Diese wollen wir ausbauen und offensiv nutzen. Das gilt insbesondere auch für den ländlichen Raum.

Inklusion umsetzen

- Alle Kinder haben ein Recht auf schulische Bildung – unabhängig von körperlicher oder geistiger Behinderung. Deutschland hat sich verpflichtet sein Schulsystem weiterzuentwickeln, um die Teilhabechancen behinderter Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf am gesellschaftlichen Leben zu erhöhen. Hierbei handelt es sich um eine große Aufgabe, die das Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen erfordert. Gemeinsamer Unterricht wirkt sich auch auf Kinder ohne Förderbedarf positiv aus und stärkt ihre soziale Kompetenz. Im Zentrum stehen jedoch stets die individuell verschiedenen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Unser Leitgedanke ist: So viel Inklusion wie möglich und so viel sonderpädagogische Förderung wie nötig. Daher bedeutet ein inklusives Schulsystem eine Vielfalt von Förderansätzen und Förderorten. Dazu gehören integrative Unterrichtsformen und Förderschulen. Dort, wo die Voraussetzungen nicht gegeben sind, müssen diese geschaffen werden. Auch die sonderpädagogische Förderung muss weiterentwickelt und in der Lehrerbildung verankert werden.

Besonders vorbildliche Modellprojekte sollen im Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das kann dazu beitragen, Ängste und Vorbehalte vor Inklusion abzubauen. Wir unterstützen die Entwicklung und Einführung von bundesweit anerkannten Abschlusszertifikaten für Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die keinen regulären Schulabschluss erreichen können, damit die während der Schulzeit erworbenen Fähigkeiten und Qualifikationen dokumentiert und so im weiteren Lebensweg Anschlüsse ohne Brüche ermöglicht werden.

Besondere Herausforderung: Soziale Brennpunkte

Eine besondere Herausforderung für unser Bildungssystem ist die Situation in sozialen Brennpunkten. Dafür brauchen wir eine Antwort, die sowohl die vielfältigen Integrationsbemühungen fördert als auch für Kinder und Jugendliche aus allen Bevölkerungsgruppen attraktiv ist. Deshalb wollen wir Schulen an diesen Standorten ermöglichen, ein eigenes Profil zu entwickeln, das sich durch innovative Lernkonzepte auszeichnet und sich auf einen Schwerpunkt wie Naturwissenschaft, Technik, Fremdsprachen, Kunst oder Sport konzentriert. Zusätzliche Fachlehrer sollen helfen, das besondere Schulprofil zu schärfen. Die-

se günstigen Bedingungen verbessern – wie das Modell der Magnetschulen in den USA zeigt – die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern, die aus einem schwierigen familiären Lebensumfeld kommen. Gleichzeitig sind diese Schulen auch attraktiv für Schülerinnen und Schülern aus allen Bevölkerungsgruppen.

Einrichtung eines Bildungsrates

Die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Bildungssystems bedarf der Stärkung der Bildungsforschung und der wissenschaftlichen Expertise. Deshalb streben wir an, analog zum Wissenschaftsrat, einen Bildungsrat einzurichten. Die Länder und der Bund erhalten vom Bildungsrat wissenschaftliche Stellungnahmen und Empfehlungen zur langfristigen Entwicklung des Bildungssystems.

Zusammenarbeit fördern

Die Union steht für eine Bildungspolitik mit Kooperation und klaren Zuständigkeiten: Die Länder tragen im Rahmen des Grundgesetzes die wesentliche Verantwortung für die Bildung, ihnen kommt die Hauptaufgabe in der Weiterentwicklung und im Ausbau des Bildungssystems zu. Vergleichsstudien zum Niveau schulischer Bildung belegen den Erfolg unionsgeführter Länder. Zwischen den Ländern muss die Vergleichbarkeit vor allem bei den Bildungsinhalten und -abschlüssen erhöht werden. Mögliche Hemmnisse bei der Kooperation der Länder untereinander und mit dem Bund sind zu überprüfen und gegebenenfalls einvernehmlich abzubauen. Eine gute Kultur der Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen und in Europa fördert die Zukunft unseres Bildungssystems. Sie bezieht in ihren Überlegungen auch immer die Kommunen als Schulträger mit ein.

Kooperation erhöht die Qualität der Bildung einerseits und die Akzeptanz des föderalen Systems bei den Bürgerinnen und Bürgern andererseits. Schon jetzt ist dies nicht nur im Forschungs- und Hochschulbereich, in der beruflichen und in der frühkindlichen Bildung möglich. Mit dem Engagement des Bundes in der Berufsorientierung und in der Schulsozialarbeit flankiert der Bund bereits heute die Bemühungen der Länder um schulischen Erfolg, ohne Verantwortlichkeiten aufzuheben. Damit wird das gemeinsame Ziel unterstützt, möglichst allen jungen Menschen den für sie erreichbaren schulischen Abschluss zu ermöglichen.

Bund und Länder haben auf dem ersten Nationalen Bildungsgipfel im Herbst 2008 beschlossen, ab 2015 zusammen mit der Wirtschaft jährlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. An diesem Ziel halten wir ausdrücklich fest, weil Investitionen in die Innovations- und Leistungsfähigkeit unserer Bildungs- und Forschungseinrichtungen ein ganz entscheidender Beitrag für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes sind. Sie stärken die Zukunftschancen der jungen Generation. Sie helfen insbesondere, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermindern. Wir fordern deshalb Bund und Länder auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um dieses ehrgeizige, aber notwendige Ziel zu erreichen. Auch die Wirtschaft ist gefordert, durch zusätzliche Anstrengungen einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Ziels zu leisten.

VI. Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an

Der Lehrerberuf braucht eine bessere gesellschaftliche Anerkennung. Er gehört zu den wichtigsten Berufen in unserem Land. Die Wertschätzung für das Lehramt muss sich erhöhen, da sie die Berufswahl junger Menschen beeinflusst.

Gute Lehrerinnen und Lehrer vermitteln nicht nur Wissen und Kompetenzen, sondern sie prägen als Erzieher und Vorbilder die Persönlichkeit junger Menschen insgesamt. Auch in der Lehrer-Schüler-Beziehung gilt: Bildung setzt Bindung voraus. Nach den Eltern sind die Lehrerinnen und Lehrer die wichtigsten Bezugspersonen, an denen sich Schülerinnen und Schüler orientieren – beim Erwerb von Wissen und Fertigkeiten, in Grundhaltungen und Werten. Der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer kommt daher eine hohe Bedeutung zu. Die Lehrkräfte brauchen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit die Unterstützung der Eltern sowie eines Teams von Schulpsychologen und Sozialarbeitern.

Dafür setzen wir uns ein:

Exzellenzinitiative „Lehrerbildung“

- Mit einer Exzellenzinitiative „Lehrerbildung“ sollen herausragende Lehrerbildungsmodelle bzw. Universitäten gefördert werden. Deutschland braucht Lehrerinnen und Lehrer mit einem ausgezeichneten fachlichen, didaktischen, methodischen und dia-

gnostischen Hintergrund, die hohe Ansprüche an sich selbst, an den Unterricht und an die Schule stellen und Verhaltensweisen entwickeln, die für den Beruf wichtig sind. Dazu gehören pädagogisches Geschick, Führungsqualität, Offenheit, Kommunikationsfähigkeit, Reflexionsbereitschaft und Belastbarkeit, Motivationsfähigkeit, kulturelle Kompetenz und natürliche Autorität. In Zentren für Lehrerbildung an Universitäten und Hochschulen sehen wir die Chance, die Erfordernisse der Lehrerbildung als Querschnittsaufgabe der Hochschulen wahrzunehmen. Zugleich können diese Zentren die Forschung unterstützen. In der akademischen Lehrerbildung befruchten sich so Schulforschung und Schulpraxis gegenseitig.

Vorbildliche Lehrerbildung

- Zur akademischen Lehrerbildung gehören fachliche, fachdidaktische, methodische und erzieherische Inhalte. Pädagogische Eignung ist ebenso wichtig wie fachwissenschaftliche Kompetenz und muss vor Beginn des Studiums geprüft werden. Deshalb sollten Lehreramtsinteressierte Vorpraktika absolvieren, um zu entscheiden, ob und inwiefern das Lehramt der richtige Weg für sie ist. Auch in das Lehramtsstudium sind verstärkt schulpraktische Phasen einzubauen, insbesondere ist ein Praxissemester in der ersten Phase der Ausbildung vorzusehen. Unverzichtbar für die Lehrerausbildung sind die Lehrer- und Studienseminare, die den Zusammenhang von Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Allgemeinpädagogik mit der schulischen Praxisausbildung verbinden. Pädagogische Hochschulen, die auch eine Praxisausbildung während des Studiums ermöglichen, können dafür der richtige Weg sein. Das Lehramtsstudium sollte zudem in jedem Bundesland vergleichbare Anforderungen und Praxisphasen einbeziehen.
- Ferner müssen Lehrkräfte und Schulleitungen durch verpflichtende Fort- und Weiterbildungen systematisch und fortlaufend unterstützt werden. Damit Schulen eigenverantwortlich geführt werden können, darf sich für die Schulleiterstellen nur bewerben, wer an einer Weiterbildung in Organisation und Personalführung erfolgreich teilgenommen hat.

Attraktivität des Lehrerberufs

- Hervorragende Ausbildung, Auslandsaufenthalte, flexible Arbeitszeiten, die verstärkte Aufnahme von Leistungselementen ins Besoldungs- bzw. Tarifrecht und Freistellungsphasen sind wichtige Elemente, die den Lehrerberuf attraktiver machen und junge Menschen motivieren, diesen Beruf zu ergreifen. Mit Blick auf die Altersabgänge und insgesamt weniger Berufsanfänger ist es wichtig, kontinuierlich geeignete junge Menschen in ausreichender Zahl für das Lehramt zu gewinnen. Differenzierte Informationen über das Berufsbild des Lehrers sollen in gezielten Aktionen an Jugendliche vermittelt werden. Ziel ist ein dynamisches und entwicklungssträchtiges Berufsbild. Mit mehr Kontinuität und Berechenbarkeit kann auch die Bildungspolitik das Ansehen dieses wichtigen Berufs steigern.

VII. Berufliche Bildung 2020 – flexibel, passgenau, anschlussfähig

Das duale Berufsausbildungssystem ist eine besondere Stärke Deutschlands im internationalen Wettbewerb. Diese Stärke wollen wir zusammen mit den Sozialpartnern dauerhaft sichern und weiterentwickeln, indem wir das duale Ausbildungssystem auf die neuen Herausforderungen vorbereiten. Dazu gehört eine bedarfsgerechte Aktualisierung der immer stärker spezialisierten Berufsbilder. Zugleich muss das duale Ausbildungssystem für alle Schulabgänger attraktiv sein.

Die unterschiedlichen Bildungsabschlüsse der allgemeinen, beruflichen und akademischen Bildung sind für uns gleichwertig. Dies muss im breiten gesellschaftlichen Bewusstsein noch besser verankert werden, weil unsere hoch differenzierte Gesellschaft auf Fachkräfte aus dem akademischen und dem berufspraktischen Bereich gleichermaßen angewiesen ist.

Dafür setzen wir uns ein:

Ausbildungsgarantie

- Jeder Jugendliche verdient die Chance auf eine Ausbildung. Alle Schülerinnen und Schüler mit einem Schulabschluss (Ausbildungsreife), gleich an welcher Schulform erworben, sollen einen Ausbildungsplatz erhalten. Sind trotz der demografischen Entwicklung in Zukunft nicht genügend geeignete Ausbildungsplätze vorhanden, müssen Wege gefunden werden, um allen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu

ermöglichen. Dies kann durch eine Differenzierung der Ausbildungsgänge an das Leistungsniveau der Jugendlichen erfolgen.

Berufsausbildung flexibilisieren

- Wir wollen die Berufsausbildung flexibler gestalten und dazu mit mehr Möglichkeiten versehen. Die Einführung zweijähriger Berufsausbildungen muss sich dabei an den Berufsperspektiven der Jugendlichen orientieren. Zwingend notwendig ist, dass zweijährige Berufsausbildungen die Durchlässigkeit in eine dreijährige Ausbildung gewährleisten. Wir treten auch dafür ein, besonders begabten Auszubildenden bereits während ihrer laufenden Ausbildung den Erwerb von einzelnen Fortbildungsinhalten zukünftiger Weiterbildungsphasen zu ermöglichen. Wir respektieren bei der Ausgestaltung der Lehrpläne die Beteiligungsrechte der Sozialpartner.

Mehr Auslandsaufenthalte während der Ausbildung

- Die Förderung interkultureller Kompetenzen ist bereits in den allgemeinbildenden Schulen zu berücksichtigen. Auf dieser Grundlage wollen wir in dem vom Berufsbildungsgesetz vorgegebenen Rahmen Auslandsaufenthalte verstärkt zu Bestandteilen der Berufsausbildung machen. Bereits in den allgemeinbildenden Schulen sollte aktiv für Auslandsaufenthalte während der Berufsausbildung geworben werden.

Bündelung der Ausbildungsberufe

Angesichts der mehr als 350 Ausbildungsberufe treten wir dafür ein, einzelne Berufe in Berufsgruppen beziehungsweise Berufsfamilien zusammenzufassen. Auf diese Weise wirken wir einer Überspezialisierung entgegen, fördern die Durchlässigkeit zwischen verwandten Ausbildungsberufen und ermöglichen reibungslosere Berufswechsel.

Ausbildungsabbrüche vermeiden

- Wenn es um die Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen geht, kommt der Professionalität des Bildungspersonals eine besondere Bedeutung zu. Im Rahmen der Lehrgänge zur Ausbildereignungsprüfung ebenso wie in der Lehrerbildung müssen potenzielle Ausbilder, Ausbildungsberater, Sozialarbeiter und Lehrer an berufsbildenden Schulen verstärkt in die Lage versetzt werden, die Signale für drohende Ausbildungsabbrüche frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen zu ergreifen, diese zu ver-

hindern. Auch eine frühzeitige Berufsorientierung in der Schule kann dazu beitragen, Abbrüchen entgegenzuwirken.

Berufsschulen durch mehr Kompetenz zu gleichberechtigten Partnern machen

- Wir wollen selbstständige Berufsschulen als gleichberechtigte Partner und Dienstleister der Betriebe im dualen System stärken. Wir sehen in ihnen eine wesentliche Säule moderner Bildungspolitik, sie tragen entscheidend zur Fachkräfteentwicklung bei. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich Schulen eigenverantwortlich und flexibel bewegen können. Wir wollen die Berufsschulen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit sie als starke Partner und Dienstleister an der Seite der Betriebe ihren Aufgaben nachkommen können. Die Berufsschulen ermöglichen „Aufstieg durch Bildung“, indem sie zu allgemeinbildenden Abschlüssen führen, nicht zuletzt der Allgemeinen Hochschulreife. Den Zugang zu den Hochschulen wollen wir auch über das berufliche Gymnasium weiter ausbauen.

Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung

- Mit der Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens im achtstufigen Deutschen Qualifikationsrahmen streben wir die Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung an. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Allgemeine Hochschulreife und qualifizierte Ausbildungsberufe auf der gleichen Kompetenzstufe eingereiht werden. Zudem wollen wir mit der Umsetzung der Qualifikationsrahmen die Anerkennung der Lernerfahrungen außerhalb der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, beispielsweise im Ehrenamt, fördern.

Mehr Durchlässigkeit

- Wir wollen die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen Bildung und den Hochschulen verbessern. Geeignete Instrumentarien hierzu sind nicht nur die duale Berufsausbildung mit Abitur und duale Studiengänge, sondern auch eine verbesserte Anrechnung beruflicher Kompetenzen und Universitätskollegs, die beruflich Qualifizierte auf die Hochschule vorbereiten. In dualen Studiengängen sehen wir eine sinnvolle Ergänzung der Berufsausbildung mit einer starken Hochschulorientierung.

Qualifizierte Zuwanderung

- Um dem sich weiter verstärkenden Mangel an qualifizierten Fachkräften zu begegnen, ist es wichtig, alle Qualifikationspotenziale im Inland zu erkennen, zu aktivieren und zu nutzen. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung wird das aber allein nicht ausreichen. Deutschland muss auch für qualifizierte Zuwanderung attraktiver werden. Wir wollen dazu die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen verbessern, indem wir die möglichst breite Umsetzung des von der Bundesregierung beschlossenen „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ unterstützen.

Prävention statt Reparatur

Am Beginn eines Berufswegs steht zumeist ein erfolgreicher Schulabschluss. Ohne Abschluss gelingt dieser Start selten und er ist für den Einzelnen und die Gesellschaft mit hohen Folgekosten verbunden. Bund und Länder haben unter anderem mit der Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ erhebliche Verbesserungen erreicht. Gleichwohl muss die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die ohne Schulabschluss ins Berufsleben entlassen werden, weiter deutlich verringert werden.

Dafür setzen wir uns ein:

Mit Bildungsketten und Bildungslotsen gelingt der Start in den Beruf

- Damit die Übergänge sinnvoll organisiert werden, wollen wir zusammen mit den Betroffenen frühzeitig individuelle, interessens- und kompetenzgeleitete regionale Netzwerke zur Integration in den Ausbildungsmarkt entwickeln und umsetzen. Deshalb treten wir für berufsvorbereitende Maßnahmen schon in der Schule ein. Leitlinie für zu erreichende Mindeststandards ist der Bildungskettenansatz. Er basiert auf einer Potenzialanalyse in der siebten Klasse und einer Phase der Berufsorientierung ab der achten Klasse. Für den Erfolg sind vor allem Eltern, Lehrer, Vertreter der Wirtschaft sowie der Kommune und die Berufseinstiegsbegleiter der Bundesagentur für Arbeit rechtzeitig zu beteiligen. Wir streben eine regelmäßige und rechtzeitige Überprüfung zur kontinuierlichen Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf an. Eine Schlüsselfunktion für den Übergang von Schule in den Beruf ha-

ben Praktika. Sie eröffnen Kontakte zu künftigen Ausbildungsbetrieben und können damit einen Beitrag zur Senkung der Abbrecherquote leisten.

Individuelle Förderkonzepte

- Vor dem Ende ihrer Schulzeit wird bei allen Jugendlichen, die noch nicht ausbildungsreif sind, eine fundierte Diagnostik vorgenommen, um stärkenorientiert ein individuelles Förderkonzept zu entwickeln. Die Förderung erfolgt über Qualifizierungs- oder Ausbildungsbausteine in Betrieben, überbetrieblichen Bildungszentren oder berufsbildenden Schulen mit entsprechender Ausstattung. Die gewählte Einrichtung ist gemeinsam mit den Auszubildenden für die erfolgreiche Integration in eine Berufsausbildung verantwortlich. In dieser Phase erfolgreich erworbene Qualifikationen werden auf spätere Ausbildungsschritte zeitlich angerechnet.

Lebensbegleitendes Lernen

Bildung endet nicht mit der Schulzeit. Die CDU steht für das Konzept des lebensbegleitenden Lernens. Für den Erfolg der Bildungsrepublik ist das lebensbegleitende Lernen in allen Bereichen der Erwachsenenbildung – wie zum Beispiel der Familienbildung – von zentraler Bedeutung. Individueller Erfolg genauso wie die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes sind im Zeitalter der Wissensgesellschaft immer enger mit einer kontinuierlichen Weiterbildung verbunden. Ohne Freude am Lernen wird die neue Kultur eines lebensbegleitenden Lernens nicht gelingen. Geht es um Aufstiegsfortbildungen oder um ein Studium nach der Ausbildung, muss zudem deutlich werden, dass sich ein erfolgreicher höherer Abschluss sowohl finanziell als auch bei der Arbeitsplatzsicherheit bezahlt macht. Zentrale Stellschrauben für eine höhere Weiterbildungsbeteiligung sind neben Zeit, Geld, Erreichbarkeit, Passgenauigkeit und Transparenz des Angebotes die individuelle Weiterbildungsfähigkeit sowie ein leistungsfähiges Beratungssystem.

Das bestehende System an Weiterbildungseinrichtungen soll zur Vierten Säule im Bildungssystem weiterentwickelt werden. Auch ältere Menschen sollen nach Beendigung der Berufstätigkeit Chancen zur geistigen Auseinandersetzung – zum Beispiel mit kulturellen und gesellschaftlichen Fragen – erhalten. Sie dürfen von der Teilnahme an der Informations- und Wissensgesellschaft nicht ausgeschlossen bleiben.

Dafür setzen wir uns ein:

Führungskräfte werden Lern- und Bildungscoaches

- Jeder Ausbildungsabschluss muss Einstieg in die berufliche Weiterbildung sein. Insbesondere Führungskräfte sollen sich dabei als Lern- bzw. Bildungscoaches verstehen und gemeinsam mit den Ausbildungsabsolventen ein individuelles Weiterbildungskonzept entwickeln. Durch eine engere Verzahnung der Berufsausbildung mit der beruflichen und akademischen Aus- und Weiterbildung sollen Lernbrüche vermieden werden. Auch für Zusatzqualifikationen gilt das Prinzip: kein Abschluss ohne Anschluss.
- Ein zielgerichtetes Beratungssystem ist von entscheidender Bedeutung für eine Steigerung der beruflichen Weiterbildung. Deshalb treten wir dafür ein, die zuständigen Stellen und die beruflichen Bildungszentren eng mit den Betrieben in der Region und den Bildungseinrichtungen zu vernetzen.
- Berufliche und auch akademische Weiterbildungsangebote sollen auf die spezifischen Belange von Erwerbstätigen zugeschnitten werden. Hierzu zählt auch, dass es für angehende Studierende, die ihren Hochschulzugang über den beruflichen Bildungsweg erlangt haben, spezifische Vorbereitungskurse zur Förderung der Studierfähigkeit gibt. Weiterbildungsangebote sollen auch Eltern in der Familienphase einbeziehen, damit der Kontakt zum Beruf nicht verlorengeht.
- Der Unternehmer- und Existenzgründergeist soll durch Angebote zur Unternehmerbildung umfassend gefördert werden. Von der allgemeinbildenden Schule über die Ausbildung bis in die Aufstiegsfortbildung hinein sind entsprechende Elemente zu verankern. Das bundesweite JUNIOR-Programm, das Schülerinnen und Schülern die Gründung eines Schülerunternehmens ermöglicht, ist dafür ein gutes Beispiel. Auch die Meisterprüfung oder Fortbildungsangebote, beispielsweise zum „Geprüften Betriebswirt“, unterstützen Unternehmerbildung.

Mit Externenprüfungen zum Berufsabschluss

- Wir wollen Menschen, die ein anspruchsvolles Kompetenzprofil aufweisen, aber bislang über keinen regulären Abschluss verfügen, über Externenprüfungen den Weg zu

einem anerkannten Berufsabschluss ebenen. Deshalb treten wir dafür ein, Externenprüfungen (Teilnahme an Prüfungen für Schulfremde, ohne vorherige Teilnahme am Unterricht) zu einer wichtigen Säule im Prüfungssystem weiterzuentwickeln. Insbesondere sollen auch Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte von dieser Regelung profitieren. Die Möglichkeiten zur Vorbereitung auf diese Prüfungen müssen ausgebaut und transparent gestaltet werden. Ebenso ist ein bedarfsdeckendes Angebot sicherzustellen.

Analphabetismus bekämpfen

- Um den Analphabetismus wirksam zu bekämpfen, werden wir die Maßnahmen der Erwachsenenbildung stärken. Dazu gehören zusätzliche Investitionen im Bereich der Leseförderung. Denn sie beugt Analphabetismus vor. Außerdem wollen wir Einrichtungen der Erwachsenenarbeit dazu anhalten, Alphabetisierungsangebote einzurichten und offensiv anzubieten.

Weiterbildung für Ältere vorantreiben

- Mit der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters steigt die Notwendigkeit, Erwerbstätige über berufliche Weiterbildung beschäftigungsfähig zu halten. Daher fordern wir die Unternehmen und die Bundesregierung zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit, den Bildungsdienstleistern der Wirtschaft und der öffentlichen Hand auf, entsprechende Konzepte und Programme zu entwickeln. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftebedarfs sind gerade die Arbeitgeber aufgefordert, sich hier besonders intensiv zu engagieren. Denn die Berufs- und Lebenserfahrung der Beschäftigten nutzt den Betrieben.
- Auch in den Betrieben muss sich eine positive Weiterbildungskultur entwickeln und eine lernförderliche Arbeitsumgebung ausgebaut werden. Flexible Arbeitszeitmodelle und arbeitsplatznahe Angebote, wie zum Beispiel Telearbeit, sind hierbei wichtige motivierende Faktoren. Verbesserte Aufstiegschancen und neue berufliche Perspektiven wirken sich zudem auf die Motivation positiv aus. Weiterbildung dient auch dem beruflichen Wiedereinstieg von Eltern nach der Familienphase.

VIII. Internationalisierung des Wissenschaftssystems

Das Wissenschaftssystem in Deutschland hat mit der Bologna-Reform und der Exzellenzinitiative im internationalen Wettbewerb gute Fortschritte gemacht und eine neue Dynamik entfaltet. Studieren in Deutschland ist so attraktiv wie nie zuvor. Die Zahl der Studienanfänger lag im Jahr 2010 bei rund 46 Prozent eines Jahrgangs. Nach den USA und Großbritannien ist Deutschland heute bei ausländischen Studierenden der beliebteste Studienstandort.

Prognosen gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft zwischen 2010 und 2014 knapp 1,27 Millionen Akademikerinnen und Akademiker benötigt. Der Bedarf wird zwischen 2015 und 2019 weiter auf 1,36 Millionen Hochschulabsolventen steigen. Demgegenüber steht die Erfahrung, dass nur die Hälfte der Abiturienten ein Studium abschließt. Deshalb streben wir eine bessere Beratung bei der Studienwahl und eine überzeugende Gestaltung der Studieneingangsphase an. Jugendliche aus Elternhäusern, in denen es bisher keine akademische Bildungstradition gibt, müssen verstärkt für ein Hochschulstudium gewonnen und beim Studieneinstieg beraten werden. Auch die Inklusion in den Hochschulen und Universitäten ist für die CDU eine Zukunftsaufgabe.

Mit dem Hochschulpakt, den Bund und Länder vereinbart haben, werden bis zum Jahre 2020 zusätzliche Studienplätze finanziert. Dank des Hochschulpaktes entstanden allein zwischen 2005 und 2010 mehr als 182 000 zusätzliche Studienplätze. In den Jahren 2011 bis 2015 werden bis zu 335 000 Plätze hinzukommen.

Studienangebote mit internationaler Dimension gewinnen an deutschen Hochschulen in Zukunft an Bedeutung. Unsere Hochschulen gehen immer mehr Kooperationen mit Partnern auf der ganzen Welt ein. Allerdings fehlt es den Hochschulen oftmals an langfristigen Strategien, um sich international zu vernetzen und zu kooperieren. Nach der Exzellenzinitiative sollte deshalb die Internationalisierung der Hochschulen gefördert werden. Denn der Grad der Internationalität einer Hochschule entscheidet zunehmend über deren Wettbewerbsfähigkeit. Dazu müssen die Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler entsprechend weiterentwickelt werden und auch die Exzellenz in der Lehre ausreichend Beachtung finden.

Mit der Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens in einen Deutschen Qualifikationsrahmen wird der Trennung zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung entgegen gewirkt. Die abgeschlossene Berufsausbildung und die Hochschulreife sind gleichwertig. Die Hochschulen müssen sich auch deshalb weiter den Studierenden öffnen, die über die berufliche Bildung zum Studium gelangen. Auch die Bologna-Reform, die eine berufliche Phase zwischen Bachelor-Abschluss und der Aufnahme eines Master-Studiums leichter möglich macht, bringt Studierende mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen an die Hochschulen.

Die Exzellenzinitiative hat zu neuen Verbindungen zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen geführt. Herausragende Beispiele hierfür sind die Zusammenführung der Universität und des Helmholtz-Forschungszentrums in Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) sowie die Zusammenarbeit in dem Göttinger Research Council (GRC) an der Georg-August-Universität Göttingen. Hochschulen sowie die regionale und überregionale Wirtschaft können von Kooperationen auch wechselseitig profitieren. Die Möglichkeit für die Wissenschaft, Kooperationen mit der Wirtschaft einzugehen, muss im Sinne einer fortlaufenden Verbesserung von Lehre und Forschung weiterentwickelt werden.

Dafür setzen wir uns ein:

Neue Willkommenskultur

- In den nächsten zehn Jahren soll der Anteil ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen auf mindestens 20 Prozent steigen. Attraktive Rahmenbedingungen sind Teil einer neuen Willkommenskultur. Dazu gehören neben langfristigen Beschäftigungsperspektiven für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler auch Bleibemöglichkeiten für Hochschulabsolventen ausländischer Herkunft. Insbesondere dort, wo Fachkräftebedarf besteht, wollen wir prüfen, ob eine Verbesserung möglich ist, zum Beispiel durch eine Senkung der für eine Aufenthaltsgenehmigung nötigen Einkommensgrenze.

Mehr studienbezogene Auslandsaufenthalte

- Spätestens in zehn Jahren soll die Hälfte der Studierenden einen Teil des Studiums im Ausland oder zumindest einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt absolvieren. Die entsprechenden Programme auf Bundesebene sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden, auch unter Beteiligung der Wirtschaft. Dabei geht es nicht nur um Interkulturalität und den Erwerb von Sprachkenntnissen. Die Studierenden sollen gleichzeitig auch andere Lern- und Wissenschaftstraditionen kennenlernen. Durch integrierte Studiengänge mit gemeinsamen oder doppelten Abschlüssen sollen die Mobilität der Studierenden und die Zusammenarbeit der Hochschulen verbessert werden.

Bologna-Reform weiter umsetzen

- Mobilität innerhalb Deutschlands und international verlangt die fachspezifisch abgesicherte Vergleichbarkeit von Studienleistungen und Abschlüssen. Da dies noch nicht überall ausreichend gelingt, ist bei der weiteren Umsetzung der Bologna-Reform darauf besonders zu achten. Die Anerkennung von Studienleistungen soll nach dem Prinzip der Gleichwertigkeit und nicht der Gleichartigkeit erfolgen. Ziel ist es, die fachliche Tiefe als traditionelles und international anerkanntes Qualitätsmerkmal auch im Bachelorstudium zu gewährleisten. Bachelorabsolventen soll bei den dafür notwendigen Leistungsvoraussetzungen der Zugang zu einem Masterstudium ermöglicht werden. Unternehmen müssen den Bachelor- und Masterabschluss in ihre Rekrutierungsstrategien und Personalentwicklungskonzepte integrieren.

Einrichtung von Universitäts-Kollegs

- Der Wettbewerb zur Stärkung der Lehre im Rahmen des Hochschulpaktes soll angesichts der unterschiedlichen Studienvoraussetzungen einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung kreativer Konzepte zur Gestaltung der Studieneingangsphase legen. Dies kann beispielsweise durch die Einrichtung von Universitäts-Kollegs geschehen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Förderung attraktiver Angebote für jene, die berufsbegleitend ihre Kompetenzen und Fähigkeiten ausbauen und sich weiter qualifizieren wollen. Die neuen Medien und die Kombination aus klassischen und digital unterstützten Methoden eröffnen den Hochschulen innovative und effiziente Wege der Wissensvermittlung.

Für eine starke Studienfinanzierung und sozialverträgliche Studienbeiträge

- Eine starke staatliche Studienfinanzierung ist ein wesentlicher Faktor, um mehr Menschen aus einkommensschwachen Familien ein Studium zu ermöglichen. Kernstück der Studienfinanzierung bleibt das BAföG. In den 40 Jahren seines Bestehens hat es rund vier Millionen Menschen den Weg zur Hochschule geebnet. Das BAföG soll deshalb weiter gestärkt werden. Es muss an die Anforderungen des lebensbegleitenden Lernens angepasst werden. Das Deutschland-Stipendium hat breiten Zuspruch gefunden und soll daher weiter ausgebaut werden. Damit einher geht die Suche nach Förderungen von privater Seite und aus der Wirtschaft. Niemand darf aus finanziellen Gründen von einem Hochschulstudium abgehalten werden.
- Studienbeiträge können ein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Lehre sein, wenn die Rückzahlbedingungen sozialverträglich und leistungsfördernd ausgestaltet sind. Sie ermöglichen dauerhaft gute Studienbedingungen und tragen so zum Wettbewerb der Hochschulen untereinander bei. Wir sprechen uns zugleich für attraktive Studienkreditprogramme aus.

Mehr Autonomie für die Hochschulen

- Der zunehmende internationale Wettbewerb der Wissenschaftssysteme verlangt mehr Autonomie in den Hochschulgesetzgebungen der Länder für die Hochschulen. An die Stelle von Detailsteuerung und Fachaufsicht der entsprechenden Ministerien treten Hochschulverträge und Zielvereinbarungen.
- Gute Bildung an den Hochschulen benötigt auch die richtige Infrastruktur, die eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor Ort bedingt. Aus diesem Grund soll eine langfristige Hochschulfinanzierung angestrebt werden, um die Qualität und den Standard der Hochschulen und der Ausbildung zu gewährleisten.

Private und kirchliche Hochschulen

Wir erkennen die Initiativen der privaten und kirchlichen Hochschulen an, das staatliche Hochschulsystem inhaltlich zu bereichern und zu ergänzen. Deshalb setzen wir uns für faire Rahmenbedingungen zwischen den privaten sowie zwischen privaten und staatlichen

Hochschulen ein. Eine fortschreitende Qualitätssicherung und ein angemessenes Hochschulcontrolling sind geeignet, das Vertrauen in die privaten Hochschulen weiter zu stärken.

Neue Kooperationsmodelle zwischen Hochschule und Forschungszentren

- Nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative werden neue Wege der Zusammenarbeit von Hochschulen untereinander und mit außeruniversitären Einrichtungen angestrebt. Damit soll eine größere internationale Sichtbarkeit der entsprechenden Standorte im Wissenschaftssystem erreicht werden. Um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern an solchen Standorten zu ermöglichen, wird eine einvernehmliche Weiterentwicklung der grundgesetzlichen Regelungen angestrebt, um über die Zusammenarbeit bei Projekten auch die Kooperation von Institutionen zu erleichtern.

Besonders von der Union regierte Kommunen, Länder und der Bund haben – ungeachtet umfangreicher und notwendiger Sparanstrengungen zur Konsolidierung der Haushalte – in den vergangenen Jahren viel getan, um gute Bildungschancen zu ermöglichen. Ausgezeichnete Ergebnisse in Bildungsstudien, eine hohe Innovationsfähigkeit und eine geringe Jugendarbeitslosigkeit sind hervorragende Belege dieser erfolgreichen Politik.

Mit dem vorgelegten Programm für die zukünftige Bildungsrepublik Deutschland zeigen wir auf, wie wir auch weiterhin Leistungs- und Chancengerechtigkeit verwirklichen können. Die Politik kann aber nur die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um wirksam und zugleich flexibel auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Wir brauchen das Engagement der Schüler, Eltern, Erzieher, Lehrer, der Wissenschaft, der Kultur, der Wirtschaft und vieler anderer, um dieses Ziel zu erreichen. Bildung ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Die CDU Deutschlands lädt dazu ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen.